

# Weniger Europa wäre hilfreich

**Ashoka Mody** befürchtet zunehmende nationale Spannungen in der Europäischen Union.

Es ist Teil der politischen Folklore zu glauben, dass die europäische Integration vorankommt, indem sie vorwärtsstolpert. Gerät demnach Europa durch eine Krise ins Taumeln, rappelt es sich auf und stürzt vorwärts. So führen selbst Rückschläge zu größerer Integration. Dieses Denken war bei der Gründung der Euro-Zone, die als eine offensichtlich wirtschaftlich instabile Struktur aus gegensätzlichen nationalen Interessen entstanden ist, ausschlaggebend.

Die kürzliche Europawahl war ein wichtiger Test für den genannten Glaubenssatz. Indem der großflächige Schaden durch den Euro allen klar vor Augen stand, ging es jetzt darum, ob die europäische Politik zu mehr politischer Integration zusammenfinden würde, um den Euro zu stützen. Das Ergebnis war nicht ermutigend: Nationale Interessen herrschten vor und bewegten Europa von einer finanziellen zu einer möglichen politischen Krise.

Die wachsende Trennung von Ost und West, ein Riss zwischen Kern- und Randgebieten, das Wachstum extremistischer Parteien und die Übernahme extremistischer Rhetorik und Agenda durch die gemäßigten Parteien formen jetzt die Vorstellung von Europa um.

Osteuropa treibt davon. Die Völker dort haben großen Nutzen aus ihrem Beitritt zur EU im Jahr 2004 gezogen. Aber in einigen der erfolgreichsten Volkswirtschaften nahmen die Wähler nun kaum Notiz von den Wahlen. In Polen kam weniger als ein Viertel zur Urne, in Tschechien und der Slowakei waren es unter 20 Prozent.

Die Distanz der osteuropäischen Wähler zur EU-Kommission in Brüssel und zum Parlament in Straßburg spiegelt sich im Desinteresse ihrer politischen Führung an der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Marek Belka, polnischer Zentralbankchef, wiederholt ständig, dass sein Land



PR [M]

nicht so schnell den Euro einführen wird. Er beklagt vielmehr, dass die sogenannte Bankenunion die Nicht-Euro-Mitglieder benachteiligt. Tschechien argumentiert ähnlich.

Für die Peripherie der Euro-Zone wird der Wahlerfolg des italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi als ein Votum für Reformen betrachtet. Aber ein erstarkter Renzi trägt nichts zur europäischen Integration bei - vielmehr wird ein größerer Kon-

flikt zwischen den Euro-Mitgliedern wahrscheinlicher: Die bisherigen Mitglieder des europäischen Parlaments haben bei entscheidenden wirtschaftlichen Themen entlang ihrer Staatszugehörigkeit abgestimmt: Die aus den Kernländern bevorzugten Haushaltsdisziplin, während die aus der Peripherie finanzielle Entlastung durch Instrumente wie Euro-Bonds suchten. Renzi wird nun größere finanzielle Freiheit von Europa fordern, was Misstrauen schüren wird.

Während die zentrifugalen Kräfte stärker werden, üben sich die gemäßigten Parteien in Abwehr der Extremisten. In Anbetracht seiner Niederlage gegen Präsident François Hollande fordert Ex-Präsident Nicolas Sarkozy eine grundsätzliche Neuorientierung Europas. Er möchte Länder in engere und weitere Kreise einteilen, „Kompetenzen“ aus Brüssel zurückholen und die Freizügigkeit empfindlich einschränken. Aber ohne Freizügigkeit gibt es keine Integration - das, wofür Europa steht, wird ausgehöhlt.

Die Europawahl hat belegt, dass es den Wählern hauptsächlich um ihren Geldbeutel geht. Wachsende Brüche entlang nationaler Interessen sind ein Ausdruck der Verzweiflung. Sie zeigen die wirtschaftliche Notlage vieler, die Belastung der Schwächsten durch unbarmherzige Sparpolitik sowie die länderübergreifend unterschiedlichen wirtschaftlichen Aussichten.

Statt vorwärtszustolpern, könnte die europäische Solidarität durch tiefer werdende Gräben aufgebrochen werden, die dann unwiderruflich vernichten, was so schmerzlich erreicht wurde.

Vorbeugende Politik wäre angeraten, um zu verhindern, dass das politische Durcheinander sich zu einer nicht mehr handhabbaren Krise steigert. Um an langfristigen Zielen der europäischen Politik wie der Freizügigkeit festhalten zu können, ist eine wohlüberlegte Dezentralisierung notwendig. So wird der Zusammenstoß nationaler Interessen verhindert. Entscheidend wäre es, die aufwendige und ineffiziente Finanzaufsicht zurückzunehmen, Ländern mehr Verantwortung für ihre Finanzpolitik zuzugestehen und es den Märkten zu überlassen, mit dem Risiko von Krediten unsicherer Staaten umzugehen.

**Der Autor lehrt internationale Wirtschaftspolitik in Princeton.**  
gastautor@handelsblatt.com

4 Wochen lesen, 35 % sparen und Geschenk sichern!

Jetzt bestellen unter:  
 Online: [angebot.handelsblatt.com/minianzeige](http://angebot.handelsblatt.com/minianzeige)  
 Telefon: 0800. 000 20 53, Code: H-0SY1K1

Handelsblatt  
Substanz entscheidet.

\*10€ nur €34,90

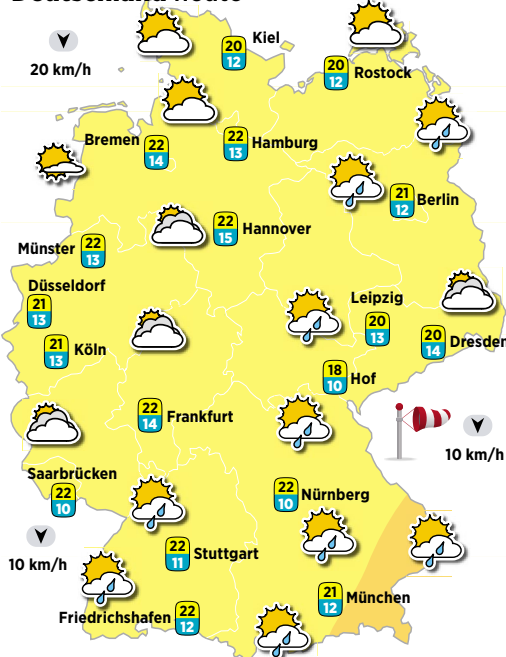
## BUSINESS-WETTER 17.06.

**HEUTE:** Im Norden sonnig, sonst Wolken und lokale Schauer.

Am **VORMITTAG** gibt es in der Mitte bereits dichte Wolken und es gehen Schauer nieder, sonst beginnt der Tag freundlich und teils sonnig. -- **IM TAGESVERLAUF** breiten sich Wolken und Schauer auch auf den Süden aus. Trocken und weiterhin recht sonnig bleibt es nur ganz im Norden. -- Der **WIND** weht schwach bis mäßig, im Emsland auch lebhaft aus Nord. -- Während der **NACHT** klingen die Schauer ab und die Wolken lockern auf. Gegen Morgen beginnt es im Norden leicht zu regnen.

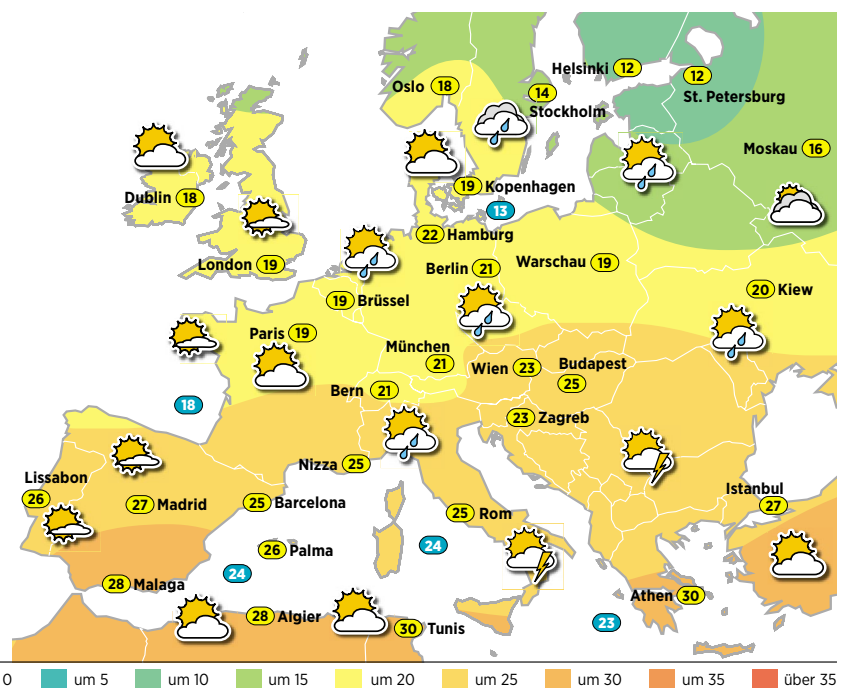
Aussichten	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Norden	13° 21°	15° 18°	13° 18°
Mitte	15° 23°	15° 23°	13° 20°
Süden	11° 22°	13° 23°	13° 23°

## Deutschland heute



## Welt

Amsterdam	18°
Bangkok	30°
Buenos Aires	13°
Chicago	27°
Genf	23°
Hongkong	28°
Johannesburg	15°
Kairo	38°
Kapstadt	15°
Los Angeles	27°
Mailand	26°
Manila	29°
Mexiko Stadt	24°
Miami	28°
New York	28°
Peking	30°
Prag	20°
Stockholm	14°
Tokio	25°
Washington	32°
Wien	23°
Zürich	22°



Handelsblatt | Mehr Wetter unter [www.handelsblatt.com/wetter](http://www.handelsblatt.com/wetter) | Quelle: wetter-deutschland.com